

Stellungnahme des Personalrats zum Stellenplan

Sehr geehrter Herr Kreutz, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

grundsätzlich vertreten wir als Personalrat die Meinung, dass die Fachbereiche benötigte Stellen in ausreichendem Maß begründen und es daher keiner unterstützenden Stellungnahme der Mitarbeitendenvertretung braucht.

Die Berichte in der örtlichen Presse und die Diskussionen der Fraktionen im Vorfeld der Ratssitzung haben uns allerdings sehr betroffen gemacht und daher hier ein paar kurze Anmerkungen.

Bei den angemeldeten Stellen zum Stellenplan 2026 (25 + 16) handelt es sich aus unserer Sicht um ein absolutes Minimum, der tatsächliche Bedarf geht deutlich darüber hinaus!

Der Personalrat erkennt die angespannte haushalterische Situation der Stadtverwaltung ausdrücklich an. Die Notwendigkeit, finanzielle Konsolidierungsmaßnahmen zu prüfen, ist generell nachvollziehbar. Gleichwohl sehen wir die Ideen zum Stellenplan in seiner aktuellen Form als kritisch und in Teilen kontraproduktiv an.

Steigende Personalaufwendungen sind der wachsenden Aufgabenmenge und -komplexität geschuldet und im Rahmen von Umstrukturierungsprozessen als notwendige Investition bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der kommunalen Aufgaben zu sehen. Ein erheblicher Teil der Kostensteigerung ist bedingt durch Tarifsteigerungen, Inflation und gesetzliche Aufwuchsleistungen und vielfach eine Reaktion auf zusätzliche Pflichtaufgaben, steigende regulatorische Anforderungen und erhöhte Fallzahlen in weiten Teilen der Verwaltung.

Zur Umsetzung der Effizienzgewinne aus Umorganisation und Digitalisierung ist kurzfristig, ohne den Einsatz zusätzlicher personellen Ressourcen, nicht realisierbar. Eine strukturelle Konsolidierung kann daher aus unserer Sicht nicht wesentlich über Personalkosten erfolgen. Daten müssen erfasst, Akten eingescannt, neue Systeme erlernt werden und dies im laufenden Geschäft, also zusätzlich zur originären Aufgabe. Dies setzt die Mitarbeitenden unter Druck, zumal in vielen Bereichen bereits krankheitsbedingte Vertretungen wahrgenommen werden müssen. Vertretungen von Kolleginnen und Kollegen, die alles versucht haben, ihre Aufgaben zu erledigen und darüber krank geworden sind, weil es einfach „zu viel“ ist, ist heute schon Realität.

Die Digitalisierung ist somit kein kurzfristiges Einsparinstrument, sondern ein mittel- bis langfristiges Investitionsprojekt.

Die Stellenplankürzungen verfehlen aus Sicht des Personalrats das Ziel, da sie die realen Rahmenbedingungen der Verwaltung nicht berücksichtigen.

Die Stadt Bergisch Gladbach befindet sich seit geraumer Zeit in einer strukturell angespannten Personalsituation:

- Hohe Fluktuation
- Zunehmende Überlastungsanzeigen
- Steigende krankheitsbedingte Ausfälle, insbesondere durch psychische Belastungen
- Parallellaufende Transformationsprozesse (Digitalisierung, Organisationsentwicklung, Kulturwandel)

Diese Entwicklungen zeigen deutlich, dass die personellen Kapazitäten bereits an ihre Grenzen stoßen.

Bewertung der vorgesehenen Maßnahmen

Die geplanten Maßnahmen – insbesondere:

- Wiederbesetzungssperre
- Abbau von Wissenstransferstellen
- Personalkostendeckelung

führen aus Sicht des Personalrats zu einer weiteren strukturellen Schwächung der Verwaltung.

Insbesondere die Wiederbesetzungssperre gefährdet die nachhaltige Sicherung von Fachwissen und erhöht das Risiko von Effizienzverlusten und Fehleranfälligkeit.

Überlastung und Folgekosten statt Einsparungen

Ein reduzierter Stellenplan führt kurzfristig zu Einsparungen, verursacht jedoch mittel- und langfristig erhebliche Mehrkosten:

- steigende Krankenstände
- Produktivitätsverluste
- erhöhte Fehlerquoten
- zusätzlicher Aufwand für Ersatzlösungen (z. B. externe Vergaben)

Gefährdung der Leistungsfähigkeit und Standortattraktivität

Eine personell geschwächte Verwaltung hat direkte Auswirkungen auf:

- Erreichbarkeit
- Verlängerung von Bearbeitungszeiten
- Nachlassende Qualität von Aufgaben

Dies wird zunehmend zu Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger führen. Die aufgeführten Punkte führen zu einer langfristigen Schwächung der Leistungsfähigkeit. Eine leistungsfähige Verwaltung ist ein zentraler Standortfaktor.

Fazit

Der Personalrat spricht sich entschieden gegen eine Stellenstreichung aus. Sie verschärft nicht nur die bereits angespannte Situation, sondern gefährdet in erheblichem Maße die Zukunftsfähigkeit der gesamten Verwaltung. Effizienz entsteht nicht unter struktureller Überlastung! Gerade Veränderungsprozesse benötigen Zeit, Personal und Akzeptanz. Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung muss strukturell wirksam und langfristig tragfähig sein – nicht kurzfristig entlastend und langfristig belastend.

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind die wichtigste Ressource, die unsere Verwaltung hat.

Herr Kreutz, bitte kommen Sie Ihrer Fürsorgepflicht gegenüber diesen Mitarbeitenden dieser Stadtverwaltung nach und verhindern Sie, dass der Stellenplan weiter beschnitten wird.

Werte Ratsmitglieder, bitte unterstützen Sie den Bürgermeister in der Wahrnehmung seiner Verantwortung.

Beste Grüße

Geschäftsstelle des Personalrates